

Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche

Ausgangspunkt dieser Stellungnahme ist der gestiegene Bedarf an ganztägiger Betreuung von Kindern und Jugendlichen, der sich aus den mittlerweile vielfach beschriebenen und diskutierten Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Sozialisation von jungen Menschen ergibt.

Die Angebote ganztägiger Betreuung von Kindern und Jugendlichen müssen ausgebaut werden,

- weil in immer mehr Familien beide Elternteile berufstätig sind,
- weil es immer mehr alleinerziehende Mütter und Väter gibt,
- weil immer mehr Kinder alleine aufwachsen,
- weil die Wohnverhältnisse in den Städten sehr beengt sind und wenig Platz zum Spielen lassen,
- weil die öffentlichen Spielräume und Treffpunkte von Kindern und Jugendlichen zu wenige sind,
- weil die Lebenswelt der Kinder immer kinderunfreundlicher wird,
- weil der Freundeskreis vieler Kinder in der Nachbarschaft immer begrenzter wird,
- weil die Erfahrungswelt der Kinder mehr durch Medien als durch wirkliche Erlebnisse geprägt wird,
- weil in den Medien oft nicht soziales Miteinander, sondern Konkurrenz und Gewalt im Vordergrund stehen,
- weil viele Eltern verunsichert und desorientiert sind in unserer pluralistischen Gesellschaft.

Die Verantwortung und Sorge für die Erziehung und Betreuung der Kinder ist vorrangig eine Aufgabe der Eltern. *Eltern aber brauchen familienunterstützende Hilfen.* Eltern wollen, daß die Politiker sich für kinderfreundliche Einrichtungen einsetzen.

Betreuungsangebote für Kinder sind Mangelware. Der Bedarf ist erheblich höher als das Angebot. Was in anderen europäischen Ländern längst selbstverständlich ist, muß bei uns erst mühsam erkämpft werden.

Es stimmt: In Bayern sind inzwischen Modelle auf den Weg gebracht worden, die den neuen Erfordernissen zu entsprechen versuchen, wie z. B. 'Das Netz für Kinder', Kindertageseinrichtungen, der Hort an der Schule, Mittagsbetreuung, in einigen Städten Schulen mit Tagesheimen.

Aber: Alle diese Einrichtungen reichen bei weitem nicht aus und laufen in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation Gefahr, als 'Billiglösungen' mißbraucht zu werden. Dies trifft zu, wenn Eltern zum Ersatz für qualifiziertes pädagogisches Personal herangezogen werden.

Die Ausstattung mit pädagogischem Personal ist in vielen Fällen nicht befriedigend gewährleistet. Auch sind 'pädagogische Lippenbekenntnisse' wenig hilfreich, wie im Falle der Empfehlungen des bayerischen Kultusministeriums zur Zusammenarbeit zwischen Hort und Schule, deren Umsetzung an der veränderten Schulwirklichkeit und an unzureichender personeller und finanzieller Ausstattung der Schulen und Horte scheitern muß.

Welche Angebote gibt es überhaupt?

1. Angebote außerhalb der Schule:

Kinderkrippen, Kindergärten, Kinderhorte, Kindertagesstätten, Kindertageseinrichtungen, Eltern-Kind-Initiativen, Netz für Kinder, Jugendfreizeitstätten, Schülercafes, Schülertreffs.

2. Angebote in der Schule:

Tagesheimschulen bzw. Schulen mit Tagesheim, Hort an der Schule, Mittagsbetreuung an Volksschulen, ganztägige Betreuung an weiterführenden Schulen in verschiedenen Trägerschaften, Ganztageschulen.

Forderungen:

Der Wunsch nach heilen Familienverhältnissen darf den Blick für die Alltagsrealität unserer Schulkinder und Jugendlichen und ihrer Familien nicht verschleiern. Andere Lebensformen, veränderte Lebenswelten, neue Lebensperspektiven verlangen nach zusätzlichen Angeboten zur außerfamiliären und familienergänzenden Erziehung, Bildung und Betreuung. Solche ganztägigen Angebote dürfen nicht auf „Notsituationen“ beschränkt bleiben.

Das Forum Bildungspolitik in Bayern fordert deshalb:

1. Entsprechend der Pluralität von Familienwirklichkeit sind differenzierte Angebots- und Betreuungsformen anzustreben. Der Qualität der (sozial-)pädagogischen Arbeit in den Einrichtungen muß dabei eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.
2. Die pädagogische Gestaltung von Betreuungseinrichtungen muß an der Lebenswirklichkeit und den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen anknüpfen. Angebote sollen wohnort- und familiennah geschaffen werden.
3. Die vorhandenen sozialen Dienste der Schule und die Maßnahmen der Kinder- und Familienhilfe sowie der offenen und verbandlichen Jugendarbeit müssen bei der Planung und Gestaltung von Betreuungseinrichtungen miteinander zusammenarbeiten und vernetzt werden.
4. Die Selbsthilfe hat auch bei der Kinderbetreuung eine große Bedeutung. Die Betreuungsangebote sollen die selbstbestimmte Nutzung und Mitgestaltung für Kinder und Jugendliche und Eltern fördern und sichern.
5. Eltern und Pädagogen müssen selbst mitentscheiden und mitgestalten können. - Keine bürokratischen Verordnungen, sondern lebendiges Engagement der Betroffenen.
6. Betreuungsangebote müssen für Kinder aller Schularten und aller Altersgruppen vorhanden sein.
7. Ein pädagogisch ausgewogener Stellenschlüssel für qualifiziertes Personal, bei adäquater Vergütung und umfangreichen Möglichkeiten von Supervision, Fort- und Weiterbildung ist als Voraussetzung qualitativer Kinder-, Jugend- und Elternarbeit unverzichtbar.
8. Entscheidungen müssen vor Ort fallen. Das Prinzip der Subsidiarität ist ernst zu nehmen.
9. Für Betreuungsangebote im Rahmen der Schule sollte die Zusammenarbeit aller an der Schule arbeitenden Pädagogen und Pädagoginnen gefördert werden, damit fächer- und jahrgangsübergreifende pädagogische Konzepte entwickelt werden können. Gemeinsame Fort- und Weiterbildung von Eltern, Erziehern und Lehrern und Lehrerinnen sind anzubieten. Die sozialpädagogische Betreuung muß erweitert und die schulpсихologische Betreuung ausgebaut werden. Die verstärkt anfallenden sozialpädagogischen und erzieherischen Aufgaben der Lehrer/innen und Erzieher/innen sollten durch einen zusätzlichen Stundenpool unterstützt werden. Schulen mit Betreuungsangeboten müssen als pädagogisch wertvolle Arbeit für unsere Gesellschaft anerkannt und entsprechend ausgestattet werden.

Konsequenzen

Der quantitativ und qualitativ dringend notwendige Ausbau von Betreuungsangeboten ist ohne finanzpolitische Anstrengungen nicht denkbar.

Die Zukunft unserer Kinder darf nicht durch Billiglösungen aufs Spiel gesetzt werden. Hier gilt es den Schutz der Kinder als höchstes Gut über ideologische Grenzen hinweg zu fördern - und das kostet Geld.

Lösungsmöglichkeiten sind daneben auch im Bereich des Einsatzes arbeitsmarktpolitischer, steuerpolitischer und familienpolitischer Instrumente zu suchen, die geeignet sind, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Unterstützung und Entlastung der Familien und eine Verbesserung der Rahmenbedingungen der Sozialisation von Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen und zu fördern.

Januar 1995 betreu

Mitgliedsorganisationen: Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV), Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Verband Deutscher Sonderschulen (VDS), Gesamtverband Evangelischer Erzieher in Bayern (GVEE), Gemeinschaft Evangelischer Erzieher (GEE), Landeselternschaft der Bayerischen Realschulen (LES-BR), Bayerischer Elternverband (BEV), Freie Evangelische Elternvereinigung (FEE), Landesarbeitsgemeinschaft "Gemeinsam leben, gemeinsam arbeiten", Landesarbeitsgemeinschaft Waldorfschulen, Landesschülervertretung, Landesverband Bayerischer Schulpsychologen (LBSP), Montessori Landesverband Bayern, Deutscher Kinderschutzbund (DKSB), Aktion Humane Schule, Arbeitskreis Grundschule - Der Grundschulverband, Arbeitskreis Hauptschule, Deutscher Familienverband, Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)